

## Pressemitteilung

---

### **DSLVL fordert Maßnahmen in fünf zentralen Handlungsfeldern**

Entlasten, deregulieren, stärken. Künftige Bundesregierung muss Auftrag zur Generalsanierung Deutschlands annehmen und schnell umsetzen.

**Berlin, 24. Februar 2025. Impulse für eine echte und nachhaltige Wirtschaftsreform müssen ganz oben auf der Agenda der nächsten Bundesregierung stehen, fordert das Präsidium des DSLVL Bundesverband Spedition und Logistik am Tag nach der Bundestagswahl 2025 und mahnt die zügige Bildung einer handlungsfähigen Regierungskoalition an. Die wirtschaftliche Leistungskraft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit müssen mit Hochdruck wieder hergestellt werden – ansonsten gerät Deutschland endgültig in eine ökonomische und gesellschaftliche Sackgasse ohne Wendemöglichkeit.**

Damit Spielräume für Abgabensenkungen und mehr Infrastrukturausgaben ohne Überschuldung entstehen, müssen Staatsaufgaben neu priorisiert werden. Zusätzlich müssen schnell wirksame Entlastungsmaßnahmen für Unternehmen und Beschäftigte eingeleitet und die überhöhten Standort- und Energiekosten gesenkt werden. Zur Konzentration von Querschnittsaufgaben in der Regierung bedarf es auch Überlegungen für einen neuen Zuschnitt der Bundesministerien, in denen Zuständigkeiten für Verkehrs- und Energieinfrastrukturen sowie für Wirtschaft und Arbeit gebündelt werden. Entscheidend wird sein, dass jetzt eine wachstumsorientierte Regierungskoalition gebildet wird, die ihren Auftrag zur Generalsanierung Deutschlands annimmt und schnell umsetzt.

Angesichts geopolitischer Herausforderungen darf keine Zeit verlorengelassen. In der EU muss die Bundesregierung wieder stark und geschlossen auftreten: für leistungsfähige und resiliente Infrastrukturen, für Wachstum in einem entbürokratisierten Binnenmarkt, für Freihandel und für Sicherheit der Lieferketten. Denn ob Weltmarkt oder Wochenmarkt: Zwischen den international verknüpften Wertschöpfungsstufen der einzelnen Industriezweige und den Beschaffungsschnittstellen des Handels bis hin zum Endverbraucher bleiben deutsche Speditionen und Logistikunternehmen das entscheidende Scharnier. Trotz des anhaltend schwierigen Logistikumfelds und fortschreitender Branchenkonsolidierung sehen die Unternehmen mehrheitlich weiterhin Geschäftschancen – Voraussetzung hierfür sind geänderte Rahmenbedingungen, die den

#### **Pressekontakt:**

Telefon: +49 (0) 30 40 50 228-12  
Telefax: +49 (0) 30 40 50 228-88  
E-Mail: [Presse@dslv.spediteure.de](mailto:Presse@dslv.spediteure.de)

[www.dslv.org](http://www.dslv.org)  
[linkedin.com/company/spediteure](https://www.linkedin.com/company/spediteure)

Speditionshäusern wieder Raum geben für wirtschaftlich erfolgreiches und nachhaltiges Handeln.

Hierfür hat der DSLVL fünf zentrale Handlungsfelder identifiziert und diese mit Kernforderungen an die Bundesregierung der 21. Legislaturperiode verknüpft:

- **Logistikstandort stärken – Infrastruktur solide finanzieren**
- **Luft zum Atmen schaffen – Bürokratiebelastungen senken**
- **Klimaschutz praxisgerecht gestalten – marktgerechte Alternativen schaffen**
- **Arbeitsrecht modernisieren – Tarifautonomie schützen**
- **Digitalisierungstau auflösen – Logistikinnovationen fördern**

Link zum Download:

[Erwartungen des DSLVL an die Bundesregierung der 21. Legislaturperiode](#)

Als Spitzen- und Bundesverband repräsentiert der DSLVL durch 16 regionale Landesverbände die verkehrsträgerübergreifenden Interessen der 3.000 führenden deutschen Speditions- und Logistikbetriebe, die mit insgesamt 600.000 Beschäftigten und einem jährlichen Branchenumsatz in Höhe von 131 Milliarden Euro wesentlicher Teil der drittgrößten Branche Deutschlands sind (Stand: Juli 2024). Die Mitgliederstruktur des DSLVL reicht von global agierenden Logistikkonzernen, 4PL- und 3PL-Providern über größere, inhabergeführte Speditionshäuser (KMU) mit eigenen LKW-Flotten sowie Befrachter von Binnenschiffen und Eisenbahnen bis hin zu See-, Luftfracht-, Zoll- und Lagerspezialisten. Der DSLVL ist politisches Sprachrohr sowie zentraler Ansprechpartner für die Bundesregierung, für die Institutionen von Bundestag und Bundesrat sowie für alle relevanten Bundesministerien und -behörden im Gesetzgebungs- und Gesetzumsetzungsprozess, soweit die Logistik und die Güterbeförderung betroffen sind.